

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserationspreis
10 Pf. pro dreizehnpaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 48.

Freitag, den 16. Juni

1893.

Bekanntmachung, den Eingang der Gesetzblätter betr.

Nach § 3 Abs. 2 und § 5 des Gesetzes vom 1. Mai 1884 (Ges.- und Verordn. Bl. Seite 134 ff.) haben die Gemeindebehörden den jedesmaligen Eingang des Gesetz- und Verordnungs-Blattes sowie des Reichsgesetzblattes in ortstüblicher Weise bekannt zu machen. Um nun den Ortsvorständen die — teilweise nicht in genügender Weise ausgeführte — Veröffentlichung dieser Bekanntmachungen zu erleichtern, läßt die Buchdruckerei und Verlagsanstalt von A. Peig und Sohn in Jleba solche in Form eines Zettels in Zeiträumen von 4—5 Wochen (bei dringlichen Bekanntmachungen auch früher) im Druck erscheinen und den Ortsbehörden regelmäßig zuzufenden, so daß nur noch das Unterschreiben und Aushängen dieser Zettel an den für gemeindefürsorgliche Bekanntmachungen bestimmten Stellen übrig bleibt. Da der Bezugspreis auf das Jahr und Exemplar sammt Porto nur 1 M. 50 Pf. beträgt, so werden die Gemeindebehörden auf diese Einrichtung, durch deren vielfache Benutzung der Bezugspreis sich noch ermäßigen würde, besonders aufmerksam gemacht.
Meissen, den 8. Juni 1893.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung,

Die in Gemäßheit von Art. 2, § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 fgd. — nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Meissen im Monate April d. J. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeindefürsorgern, resp. Quartierwörtern innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate Mai d. J. an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangte Marschfourage beträgt:
7 M. 96, „ Pf. für 50 Kilo Hafer,
4 M. 55, „ „ 50 „ Heu,
2 M. 16, „ „ 50 „ Stroh.

Meissen, am 13. Juni 1893.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung.

Zum Zwecke der Ausführung des Schluß- und Pferdebahnneubaus in die Dresden-Chemnitzer Straße innerhalb der Auer Hauptly wird der davon betroffene Theil dieser Straße von Mittwoch, den 14. ds. M. bis Sonnabend, den 1. Juli ds. J. für allen **Fahrverkehr gesperrt.**
Königl. Amtshauptmannschaft Dresden-Albstadt,
am 12. Juni 1893.
Dr. Schmidt.

Tagesgeschichte.

Die Frage nach der Deckung der Kosten der Militärverlage hat noch in den letzten Tagen der Wahlbewegung eine hervorragende Rolle gespielt. Es sind nun in dieser Hinsicht eine ganze Anzahl von Meldungen verbreitet worden, die sich aber hinterher fast sämtlich als bloße Muthmaßungen herausstellten. Dies gilt namentlich von der im „Berliner Tagel.“ enthaltenen Mitteilung, wonach sich der Reichstanzler zum Bericht auf alle vom Reichshofamt bisher gemachten Steuervorschläge behufs Deckung der Kosten der Militärverlage entschlossen habe, und wonach andererseits Erhebungen eingeleitet worden sein sollten, betr. den Wegfall des Bierzoll-Millionen-Einkommens an die Premer, die Einführung einer Erbschafts- und einer Reichseinkommensteuer, und schließlich einer Börsenemissionssteuer. Von unrichtiger Seite werden indessen diese Meldungen als unbegründet bezeichnet, lediglich das Eine soll sich bestätigen, daß Erwägungen über das Projekt einer Börsenemissionssteuer an maßgebender Stelle stattgefunden haben, mit welchem Erfolg, ist jedoch noch nicht bekannt. Auch was das Gerücht, die Reichsregierung plane die Einführung eines Alkohol-Spiritus-Monopols, anbelangt, so wird jetzt versichert, Graf Caprivi selber habe in Unterredungen privater Natur bestimmt erklärt, daß man sich in den Kreisen der verbündeten Regierungen mit einem solchen Projekt nicht trage. — Zeit wäre es aber wohl, wenn über die mit der Militärfrage zusammenhängenden anderweitigen Steuerpläne der Regierung endlich vollste Klarheit würde!

In der „Nordd. Allg. Zig.“ lesen wir: „Bereits am Anfang der Wahlbewegung ist bekannt geworden, der Minister des Innern habe angeordnet, daß die Stichwahlen allgemein auf den fünften Tag nach Ermittlung des Wahlergebnisses des ersten Wahlganges anberaumt werden sollen. Da für die auf den 15. Juni angelegten Hauptwahlen das Wahlergebnis am 19. Juni festgestellt werden muß, so werden, wenigstens für Preußen, sämtliche Stichwahlen am 24. Juni stattfinden, das Wahlergebnis für diese also am 28. Juni ermittelt werden.“

Die in Frankfurt a. M. erscheinende sozialdemokratische „Frankf. Volksstimme“ enthält nachstehenden sehr bemerkenswerten Bericht über eine sozialdemokratische Wahlreise in Nassau: Am ersten Pfingstfesttage unternahm sechs hiesige Genossen einer Agitationsreise in das Amt Unfsingen, die drei Tage dauerte. Unsere Aufnahme war gerade keine gute zu nennen, was in Anbetracht des Umstandes, daß in fast sämtlichen Orten, die wir besucht haben, noch niemals eine sozialdemokratische Stimme abgegeben wurde, ganz erklärlich war. Gleich im zweiten Ort, den wir besuchten, wurde uns ein Willkommen, wie: „Stromer, Bagobunden, Landstreicher, Faulenzer!“ u. dergl. m. zugerufen. Auf sie: „Geht ham un lest die Bibel, ech is gehener“, „Schütt en e Dippe (Löff) voll Wasser über'n Kepp“ wurden vielfach laut. In manchen Orten mußten wir uns schleunigst aus dem Staube machen, um nicht eine Tracht Prügel zu bekommen. In Gspa, dem letzten Ort, den

wir besuchten, wurde uns bei Ausführung der Posten, welche die Annahme der Militärverlage dem deutschen Volke auferlegen würde, die Antwort zu Theil: „Unsere Söhne dienen mit Stolz unserm Kaiser, und wenn wir noch einmal so viel Steuern bezahlen müßten, so würden wir das mit Freuden thun. Steuern bezahlen ist für uns eine Ehrensache.“ Kaum glaublich in einer so armen Gegend. Auch wurde uns gesagt, als wir die Einwohner auf ihre schlechte Lage aufmerksam machten, welche sie auch zugeben: „Mit unserer Lage sind wir vollkommen zufrieden, weil sie uns der liebe Gott so beschert hat.“ Diese Leute wollen nur für einen Kandidaten stimmen, der für die Militärverlage eintritt. Trotz dieser im Ganzen nicht günstigen Lage sind wir doch der Ueberzeugung, daß bei der demnächst stattfindenden Wahl auch in diesen Orten wenigstens einige Stimmen für unseren Kandidaten abgegeben werden und damit der Anfang zum weiteren Vordringen der Sozialdemokratie in diesem dunklen Gebiete gemacht ist. Wir hatten nämlich neben den geschätzten Unannehmlichkeiten wieder Erfolge, die dieses erwarten lassen.

In Pirmaisens haben sich bekanntlich die Inhaber von 61 Schuhfabriken zu einer Aktiengesellschaft vereinigt. Das Aktienkapital 175 000 Aktien zu 1000 M., wird von den bisherigen Einzelbesitzern übernommen. Die bisher beschäftigten 8723 Arbeiter sollen, wie schon berichtet, weiter beschäftigt, jedoch ein Theil des kaufmännischen Hülfspersonals, über 300 Reisende und über 250 Aufseher und Meister entlassen werden. — „Ob sie — so bemerkt dazu der „Vorwärts“ am Raum vorerben und sterben oder nicht, was kümmerlich die herrschende Gesellschaft?“ Das sozialdemokratische Centralorgan ist mit dieser Bemerkung recht unvorsichtig. Nicht die „herrschende Gesellschaft“ kommt hier in Frage, sondern die Aktiengesellschaft. Und diese versucht doch nur nach sozialistischen Grundsätzen zu wirtschaften, sie sucht eine „Vergesellschaftlichung“ herbeizuführen. Diese neue Gründung aber beweist auf das Schlagendste, daß die konfessionellen Bestrebungen, dem Handwerker einen kräftigen Schutz angedeihen zu lassen, nicht etwa bloß den „Kämpfern“ zu gute kommen, sondern daß im wesentlichen auch die Angehörten ein großes Interesse daran haben, daß die Einzelrisiken vor dem weiteren Fortschreiten der Vergesellschaftlichung geschützt werden. Die Schuhfabriken in Pirmaisens werden nicht bloß jede örtliche Konkurrenz vernichten, sondern sie bedrohen das Schuhmachergewerbe im ganzen Reiche. Man sieht also aus dieser neuesten Erscheinung, daß ein kräftiger Schutz des gemeinlichen Mittelstandes im Interesse der Allgemeinheit liegt und daß er nicht mehr länger hinausgeschoben werden darf.

Prof. Kahl aus Bonn, der den Fürsten Bismarck jüngst besuchte, hat sich in einer Kandidatenrede, die er in Erlangen gehalten, über die Stellung des Fürsten Bismarck zur Militärverlage folgendermaßen ausgesprochen: „Bismarck glaubt an den Frieden. Bismarck hält eine Heeresvermehrung für notwendig. Diese aber hält er, anders als in der Militärverlage geschieden, vor allem in der Richtung einer erheblichen Verstärkung der Artillerie für geboten, weil er der Ueberzeugung ist, daß

die Artillerie in einem künftigen Kriege die Hauptrolle spielen werde. Daß die für die Heeresvermehrung erforderlichen Kosten getragen werden müssen und können, erscheint ihm selbstverständlich. Bismarck unterscheidet sich also von uns darin, daß er in seinen Wünschen für die Heeresvermehrung im Rahmen der alten Verdytschen Vorschläge nach Art und Maß bedeutend weitergeht. Er unterscheidet sich vom Freisinn und Centrum dadurch, daß er nicht wie diese über die unerschwinglichen Kosten des armen Volkes jammert, sondern fürs Vaterland kein Opfer zu hoch hält. Ihn gegen uns auszuspielen zu wollen, ist hiernach ein mißglücktes Unternehmen.“

Die Hitze des Wahlkampfes hat dieser Tage mehrfach recht bedauerliche Ausschreitungen veranlaßt. Zu solchen ist es z. B. anlässlich von Wahlversammlungen in Kolonie Pangritz bei Elbing, in Claudthal und in Berlin gekommen. Bei dem Wahlumsturz in Claudthal mußte sogar Militär zur Wiederherstellung der Ordnung einschreiten, da die Ruhestörer einen Angriff auf das Rathhaus versuchten.

Die Rede des bayerischen Thronfolgers, Prinzen Ludwig, bei Eröffnung der Landwirtschafts-Ausstellung in München enthält folgende bemerkenswerthe Auslassungen: Es wird vielfach auf die Hilfe des Reiches und des Staates für die Landwirtschaft hingewiesen und es ist kein Zweifel, daß die gesetzgeberischen Maßregeln derselben fördernd oder hemmend auf die Landwirtschaft einwirken können, und es ist zu wünschen, daß die Finanzen Deutschlands und der Einzelstaaten es möglich machen, daß für die Landwirtschaft nach Kräften und noch mehr als bis jetzt — und man kann sagen theilweise mit Erfolg — geschehen möge. Alle gesetzgeberischen Maßregeln aber helfen nichts, wenn nicht der Mann selber sich seiner Wirtschaft annimmt. Nur der Landwirth, der die Erfindungen und wissenschaftlichen Entdeckungen der Neuzeit sich zu Nutzen macht, nur derjenige, der ebenso, wie er es mit seinem Boden thun muß, auch mit seinem Vermögen wirtschaftet, d. h. derjenige, der seinem Boden mehr zufließen läßt, als er nimmt, und ebenso derjenige, der in seiner Wirtschaft mehr einnimmt als ausgiebt, wird auf die Dauer auf einen grünen Zweig kommen. Es gilt das für den großen Besitzer ebensowohl wie für den kleinen. Die größten Vermögen sind schon zu Grunde gegangen und die Kleinsten haben, wenn sie lächlig waren, sich in die Höhe hinauf gearbeitet. Auf Eines möchte ich noch besonders aufmerksam machen: Der Landwirth muß nicht nur ein ausgezeichneter Forst- und Landwirth sein, er muß insbesondere auch ein guter Kaufmann sein. Denn was hilft es ihm, wenn er die besten Produkte hervorbringt, beim Verkauf aber nicht das zurückbekommt, was er auf dieselben verwendet hat? Er muß insbesondere auch in der Beziehung ein Kaufmann sein, daß er die Verbesserungen und die Meliorationen, die er auf seinem Gute vornimmt, das Geld, welches er in seine Bauten und insbesondere in seine Maschinen steckt, amortisirt, d. h., daß er wie ein guter Kaufmann und Industrieller es thut, abschiebt, sonst stürzt er sich in Schulden, und Schulden sind leicht gemacht, aber schwer bezahlt.